
HASS IST KEINE ALTERNATIVE



Schwerpunkt
Freiheit und Sicherheit

Nauen, 25.8.15

**BRAND
GRÜN
23·16**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN** 
IM BRANDENBURGER LANDTAG



© Janosch Raßmann/Fraktion

Wo was steht

Grünes Thema

Freiheit und Sicherheit:
Ein schwieriges Verhältnis
S. 4

Landeshaushalt

Die richtigen Weichen stellen
S. 12

Lausitzfonds

Gut gerüstet für die Zeit nach der
Braunkohle S. 14

Grüne Grafik

Kostenfalle BER S. 16

Sinn vor Gewinn

Solidarisches Wirtschaften S. 18

Digitalisierung

Wir vergeuden das Potential
einer ganzen Generation S. 20

Für lebendige Dörfer

Was die Politik tun muss S. 22

Grün im Gespräch

Besonderer Schutzbedarf
S. 24

Grünes Gericht

Mit alten Obstsorten
in die Zukunft S. 26

Grüne Termine

S. 28

Das letzte Wort hat ...

S. 30

Liebe Leserin,
lieber Leser!

lange wurden die Medien nicht mehr so stark von einer Debatte um die „innere Sicherheit“ dominiert wie in den vergangenen Monaten. Die Aufarbeitung der Mordserie des NSU-Trios bleibt weiter aktuell – im Bundestag und in den Landtagen zahlreicher Bundesländer, darunter auch Brandenburg, haben sich Untersuchungsausschüsse gebildet. Wie war es möglich, dass RechtsextremistInnen jahrelang mitten unter uns ungestört morden konnten? Diese Frage wollen wir aufklären. Zwar kommen – durch die Schließung der EU-Außengrenzen – aktuell viel weniger Geflüchtete bei uns an als noch vor einem Jahr. Dennoch werden sie immer häufiger Opfer von Hasskriminalität und Gewalt. Eine gefährliche Tendenz, finden wir. Ebenso verunsichert uns die Bedrohung, die von islamistischen Gefährdern ausgeht. Freiheit und Sicherheit – ein schwieriges Verhältnis, aktuell mehr denn je. Die neueste Ausgabe der brandGRÜN widmen wir deswegen diesem Thema.

Unsere Fraktionszeitung hat aber noch viel mehr im Gepäck: Sie wirft einen Blick auf den Landeshaushalt der nächsten beiden Jahre, stellt den von uns geforderten Lausitzfonds vor, taucht in die Digitale Agenda ein, beschäftigt sich mit der Zukunft der ländlichen Räume und mit Solidarischer Ökonomie – neben vielen anderen Themen.

Wir wünschen Ihnen und Euch viel Spaß beim Lesen und Entdecken.

Ihre Ursula Nonnemacher

Ihr Axel Vogel

FREIHEIT UND SICHERHEIT – EIN SCHWIERIGES VERHÄLTNIS

„Die rechtsextreme Gewaltkriminalität in Brandenburg ist 2015 auf das höchste Niveau seit 1993 angestiegen. Nie zuvor gab es bei uns, im Internet wie auf der Straße, so viele aggressive Anti-Asyl-Kampagnen wie im vergangenen Jahr. Gleichzeitig leben in Brandenburg mehr islamistische Extremisten denn je, von denen eine abstrakt hohe Terrorgefahr ausgeht. Und auch linksextreme Gewalttaten, etwa gegenüber PolizistInnen, nehmen zu. Diese Entwicklungen erschrecken. Der Höhepunkt ist noch nicht überschritten: Angesichts der Fallzahlen aus der ersten Hälfte 2016 müssen wir uns darauf einstellen, dass diese traurigen Rekorde in diesem Jahr sogar überboten werden. Dass wir uns vor diesem Hintergrund verunsichert, verängstigt oder bedroht fühlen, ist nachvollziehbar. Dennoch sollten wir uns davor hüten, unsere Freiheit einem überhöhten Sicherheitsdenken zu opfern. Freiheit und Sicherheit gehören zu den wichtigsten Werten unserer Gesellschaft. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen genau austariert werden.“

Ursula Nonnemacher,
Innenpolitische Sprecherin



NSU: FRÜHE HINWEISE IN BRANDENBURG



Hätten die NSU-Morde mit brandenburgischer Hilfe verhindert werden können? Die Frage nach Handeln oder Unterlassen – Brandenburgs Behörden und der NSU

Als die Polizei am 26. Januar 1998 eine Jenaer Garage durchsuchte, fand sie Rohrbomben und Sprengstoff. Mieterin der Bombenwerkstatt war Beate Zschäpe, Mitnutzer waren Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Das Neonazi-Trio tauchte sofort unter.

Aufgetaucht sind die drei Neonazis erst wieder am 4. November 2011: Nach einem Banküberfall sollen sich die beiden Uwes erschossen und in ihrem Wohnmobil verbrannt haben. Seither sind sie als „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannt. Den RechtsterroristInnen werden mindestens 15 Überfälle, zwei Sprengstoffanschläge und zehn Morde zur Last gelegt. Sie hatten sich fast nur Opfer ausländischer Herkunft ausgesucht. Der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier mutmaßliche NSU-Unterstützer läuft seit dreieinhalb Jahren vor dem Oberlandesgericht München.

Keines seiner bisher bekannten Verbrechen hat der NSU in Brandenburg verübt – trotzdem stehen Brandenburgs Sicherheitsbehörden mit im Fokus des Verfahrens und massiv in der Kritik. Denn unser Verfassungsschutz hatte offenkundig schon frühzeitig Hinweise auf das untergetauchte Trio. Bereits im September 1998 berichtete ein brandenburgischer V-Mann über Pläne, „die drei Skinheads mit Waffen zu versorgen“.

Freitag, 18. November 2016

4. nicht öffentliche/öffentliche Sitzung
Untersuchungsausschuss

Das Wissen um ein flüchtiges Neonazi-Trio wurde vom brandenburgischen Verfassungsschutz zwar an andere Verfassungsschutzbehörden weitergegeben, es floss aber offenbar nicht in die polizeilichen Ermittlungen ein. Angeblich, um den V-Mann zu schützen. Doch wäre dieses Vorgehen zu verantworten gewesen? Nicht nur die Angehörigen der zehn Ermordeten und NebenklägerInnen im Münchner NSU-Prozess fragen sich, ob bei Weitergabe der Erkenntnisse an die Strafverfolgungsbehörden die Taten des Terrortrios hätten verhindert werden können.

Die Frage, ob „Handeln oder Unterlassen“ der Brandenburger Behörden die Bildung des NSU begünstigt und die Verfolgung der NSU-Straftaten erschwert haben, steht im Mittelpunkt des Untersuchungsausschusses, der auf Initiative von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Juli die Arbeit aufnahm. Der Aufklärungsbedarf geht aber weit darüber hinaus und erstreckt sich zum Beispiel auch auf die Frage, wie V-Leute in Brandenburg grundsätzlich ausgewählt und geführt werden.

Denn: Der V-Mann mit dem Decknamen „Piatto“, der zeitweise fleißig über das untergetauchte Trio berichtete, war der schwerkriminelle Neonazi Carsten Szczepanski, unter anderem bekannt durch Aktivitäten für den rassistischen Geheimbund Ku-Klux-Klan. Als er wegen eines Mordversuchs an einem Nigerianer in Untersuchungshaft saß, warb ihn der brandenburgische Verfassungsschutz als „Vertrauensmann“ an.

Auch wenn in Brandenburg bis heute keine Morde des NSU bekannt sind, wissen wir von mindestens 18 Todesopfern, die seit dem Jahr 1990 auf das Konto von Rechtsextremisten gehen. Der Untersuchungsausschuss soll auch die Frage beantworten, ob Behördenversagen dazu beigetragen hat, dass sich terroristischen Strukturen überhaupt bilden konnten.

HASS BEREITET GEWALT DEN BODEN



Als „Bericht besorgniserregender Superlative“ bezeichnete unsere innenpolitische Sprecherin Ursula Nonnemacher den Brandenburger Verfassungsschutzbericht 2015. Aus ihm geht hervor, dass die rechts-extreme Gewalt 2015 auf das höchste Niveau seit den frühen 90er Jahren angestiegen ist. Rechte Gewaltdelikte haben gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs um 76,7 Prozent erfahren. Im gesamten Jahr 2015 gab es 141 Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte sowie weitere rassistische Straftaten.

Parallel sank die Aufklärungsquote bei der Ermittlung besonders schwerer rechter Gewaltdelikte von 93,5 Prozent im Vorjahr auf 77,4 Prozent im Jahr 2015. StraftäterInnen lassen sich immer schwerer ermitteln – eine Konsequenz daraus, dass der Anteil an ErsttäterInnen gestiegen ist. Laut Bundesinnenminister Thomas de Maizière sind zwei Drittel der Tatverdächtigen „Bürger aus der Region, die sich bisher nichts zu Schulden kommen ließen“. Was aber bringt bislang unbescholtene BürgerInnen dazu, Geflüchtete zu beleidigen und anzugreifen und sich dadurch strafbar zu machen?

Der zunehmend flüchtlingsfeindliche Diskurs scheint dabei eine wesentliche Rolle zu spielen. Die Kommunikationswissenschaftlerin Elisabeth Noelle-Neumann beschrieb in den 1970er Jahren mit ihrer Theorie der „Schweigespirale“ das Phänomen, dass Menschen eine öffentliche Äußerung ihrer Meinung von der Einschätzung des Meinungsklimas abhängig machen. Die – vielleicht auch nur vermeintliche – Minderheit verstummt hingegen. Je salonfähiger es also wird, fremdenfeindliches und rassistisches Gedankengut offen zu artikulieren,



Kommentare auf unserer Facebook-Seite

Unsere Fraktion hat sich mit einem Antrag dafür stark gemacht, dass Betroffene von rassistischen, rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten künftig ein Bleiberecht erhalten: gruenlink.de/15sb

desto mehr Menschen äußern sich entsprechend. So bedingen sich die erstarkende Alternative für Deutschland (AfD), die islamfeindlichen Demonstrationen von Pegida und rassistische Hass-Postings gegenseitig.

Gerade auf Facebook und Co. wird die bedenkliche Tendenz der Radikalisierung der Mitte deutlich – ein Blick in die Kommentarspalten genügt. Dort wird munter beleidigt, gedroht, offen zu Gewalt

aufgerufen – nicht nur Geflüchtete, sondern auch engagierte Frauen, Homosexuelle und sozial Ausgegrenzte werden zur Zielscheibe von Hasskommentaren. Die Fälle von Online-Hasskriminalität stiegen im Jahr 2015 bundesweit um 176 Prozent. In Brandenburg hat sich die Zahl diesbezüglicher Ermittlungsverfahren binnen eines Jahres nahezu verdreifacht. Das Thema ist so drängend, dass sogar die Bundesregierung von den Betreibern sozialer Netzwerke bis März 2017 Nachbesserungen im Umgang mit Hasskommentaren fordert.

Ein Klima, in dem jeder meint, hemmungslos hetzen zu können, bereitet Gewalttaten einen fruchtbaren Boden. Immer mehr zivilisatorische Tabus werden gebrochen. Gewalt beginnt nicht erst bei einem brennenden Flüchtlingsheim – sondern schon viel früher: bei der lokalen Initiative, die online zur Ausgrenzung aufruft, bei dem hetzerischen Twitter-Post oder bei hasserfüllten BürgerInnen, die – wie in Clausnitz – verängstigte Flüchtlinge nicht aus einem Bus aussteigen lassen.

Umso wichtiger ist es in diesem Klima, mit allen legitimen Mitteln für eine vielfältige, offene, solidarische Gemeinschaft einzutreten und sowohl online als auch offline Grenzen zu ziehen, die nicht überschritten werden dürfen. Durch den Besuch einer Gegendemonstration, das Meldden eines Hasskommentars oder das Engagement in einer Flüchtlingsinitiative kann jede und jeder einen Teil zu einem besseren Meinungsklima beitragen. Schweigend zu verurteilen, das genügt heute nicht mehr.

Landesantidiskriminierungsgesetz

Der Kampf gegen Rechts beginnt mit dem Engagement gegen Rassismus. Das Land Brandenburg hat eine Antirassismusklausel in seiner Landesverfassung verankert. Aus diesem Auftrag für ein friedliches Zusammenleben leitet sich unser Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz ab. Es fordert unter anderem die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle und Klagerechte für Opferverbände. Mehr unter: gruenlink.de/17ij

GRÜNES THEMA

ISLAMISTISCHE EXTREMISTEN IN BRANDENBURG



Die Festnahme eines mutmaßlichen islamistischen Extremisten im Oderbruch im Juni 2016 verdeutlichte vielen BrandenburgerInnen, dass das Thema spätestens jetzt in unserem direkten Umfeld angekommen ist. Islamistischer Extremismus tritt in unterschiedlichsten Formen auf. Allen gemein ist, dass sie die Religion des Islam für ihre Zwecke instrumentalisieren, um durch Terror unsere demokratische und freie Gesellschaft zu destabilisieren.

70 bis 80 islamistische Extremisten leben heute in Brandenburg. 50 von ihnen gelten als gewaltbereit, zehn werden vom Verfassungsschutz als so genannte „Gefährder“ eingestuft. Bei diesen sprechen bestimmte Tatsachen dafür, dass sie eine politisch motivierte Straftat von erheblicher Bedeutung, etwa einen Terroranschlag, begehen könnten.

Was die radikalisierten islamistischen Extremisten so gefährlich macht, ist ihre Unberechenbarkeit. Ihre selbsterklärte Absicht, möglichst viele Menschen in den Tod zu reißen, lässt jede Menschenmenge zu einem möglichen Anschlagziel werden. „Wir müssen diese Bedrohung absolut ernst nehmen und alle Maßnahmen ergreifen, um sie zu verringern“, sagt unsere innenpolitische Sprecherin Ursula Nonnemacher. „Gleichzeitig sollten wir uns aber eingestehen, dass es eine hundertprozentige Sicherheit nicht geben kann. Es wäre fatal, wenn wir aus Angst unsere freiheitliche Demokratie beschneiden würden. Dann hätten die Islamisten ihr Ziel schon erreicht. Es gilt, mit kühlem Kopf Freiheit und Sicherheit miteinander in Einklang zu bringen.“

Eine wichtige Maßnahme ist aus Sicht unserer Fraktion, die Arbeitsfähigkeit der Polizei zu erhalten und auszubauen. Deshalb begrüßen wir es, dass die Zielzahl für die Brandenburger Polizei erheblich angehoben wird, und haben uns dafür eingesetzt, mehr PolizeianwärterInnen auszubilden und einzustellen. Genauso relevant sind aus unserer Sicht aber auch präventive Angebote für gefährdete Jugendliche – hier geschieht in Brandenburg bisher noch viel zu wenig.

LANDESHAUSHALT: DIE RICHTIGEN WEICHEN STELLEN



Im seiner Dezembersitzung befasst sich der Brandenburger Landtag mit dem Doppelhaushalt der Jahre 2017 und 2018. Mit zahlreichen Änderungsanträgen wollen wir dazu beitragen, ihn ökologischer und sozialer zu gestalten.

Haushaltsüberschüsse, eine Milliarde Rücklagen angehäuft und zusätzliche 800 Millionen auf der hohen Kante, Schuldentilgungen, Rekorderinnahmen und zugleich Rekordausgaben. 11,5 Milliarden Euro – so viel wird Brandenburg in den kommenden beiden Jahren jeweils ausgeben. Noch nie hat eine Landesregierung so günstige wirtschaftliche und finanzpolitische Rahmenbedingungen erlebt wie Rot-Rot in dieser Legislaturperiode.

Umso wichtiger, jetzt die richtigen Weichen für die kommenden Jahrzehnte zu stellen und in die Zukunft zu investieren. Hier einige grüne Ideen dazu:

Kita: Klotzen statt Kleckern

Die Qualität unserer Kitas steht und fällt mit dem Personal. Der Betreuungsschlüssel muss dringend weiter verbessert werden. Dafür wollen wir 2017 und 2018 weitere 58 Millionen Euro in die Hand nehmen. Ab 2020 wird Brandenburg aus der Neuregelung des Länderrücklagenausgleichs rund 300 Millionen Euro pro Jahr mehr als bislang geplant einnehmen. 200 Millionen Euro davon wollen wir für weitere Qualitätsverbesserungen und den Einstieg in die Beitragsfreiheit in unseren Kitas nutzen.

Mobilität: Mehr Geld für den Nahverkehr

30 Millionen Euro wollen wir 2017/18 in neue Straßenbahnen und Oberleitungsbusse investieren. Das ist zwar immer noch deutlich zu wenig, um alle dringend notwendigen Investitionen zu tätigen, etwa den Kauf neuer Straßenbahnen in Cottbus, Frankfurt (Oder) oder Brandenburg/Havel. Aber es ist ein Kompromiss, der verhindert, dass Tram und Strippenbusse zum Auslaufmodell werden. Rot-Rot sieht dafür aber nur 13,5 Millionen Euro vor.

Investitionen: E-Mobilität und Lausitzfonds

Sparsamer Umgang mit Steuermitteln ist wichtig, dennoch ist der Landeshaushalt kein Sparschwein. Deswegen wollen wir Zukunftsinvestitionen auch aus den immensen Rücklagen finanzieren. Zum Beispiel im Bereich E-Mobilität: Mit 50 Ladesäulen bisher bundesweites Schlusslicht, soll Brandenburg durch ein „100-Säulen-Programm“ bald 150 Ladesäulen für Elektroautos besitzen. 10 Millionen Euro sollen als Startkapital in einen „Lausitzfonds“ fließen, der den Strukturwandel in der Lausitz abfedern hilft (mehr dazu auf Seite 14/15). Mehr Geld sollte auch in die Beseitigung von Altlasten fließen: Allein 150 illegale Müllhalden müssen im Land noch beraumt werden.

Zusätzliche laufende Ausgaben wollen wir dagegen grundsätzlich durch Einsparung an anderer Stelle abdecken. Ein Beispiel: Die anderthalb Millionen, die die Staatskanzlei in ein neues Landesmarketing steckt, wären an anderer Stelle besser aufgehoben – etwa im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“.

© Jürgen Falchke/fotolia.com

GUT GERÜSTET FÜR DIE ZEIT NACH DER BRAUNKOHE



Weitere Informationen in einer von uns
beauftragten Studie: gruenlink.de/1akl

Der Ausstieg aus der Braunkohle ist nur eine Frage der Zeit. Darin sind sich sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung einig. So sieht die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg – angelehnt an die Klimaschutzziele der Bundesregierung – eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 72 Prozent gegenüber 1990 vor. Das ist nur mit einer weitgehenden Reduktion der Braunkohleverstromung erreichbar.

Mit dem schrittweisen Ende der Braunkohle wird die Lausitz einen umfassenden Strukturwandel erleben. Wenn die Landesregierung nun handelt, bleibt genügend Zeit, diesen abzufedern und die Region auf die veränderten Herausforderungen vorzubereiten. Wirtschaft, Kommunen und Beschäftigte der Braunkohleindustrie müssen bei dem anstehenden Wandel begleitet und unterstützt werden – Schritt für Schritt.

Dazu fordern wir von der Landesregierung, 10 Millionen Euro in einen so genannten „Lausitzfonds“ zu stecken. Langfristig, so zeigt eine von uns in Auftrag gegebene Studie (Link oben), werden 250 Millionen Euro nötig sein, die in einen eigens eingerichteten nationalen Strukturwandelfonds fließen sollen. Denn wir sehen nicht nur das Land in der Pflicht, sondern auch den Bund, der die Dekarbonisierung zum Ziel erklärt hat. Die Energiewende ist auch ein gesamtdeutsches Projekt, ein Lastenausgleich zwischen den Regionen daher nur fair.

Der Fonds soll konkrete Maßnahmen finanzieren: Beschäftigte sollen für neue Aufgaben qualifiziert, die kommunale Infrastruktur gestärkt und eine nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft angestrebt werden. Vorausgehen muss die Erarbeitung einer Innovationsstrategie für die

Lausitz. Zur Entwicklung dieser Strategie sollen Ideenwettbewerbe für Teilregionen der Lausitz initiiert werden – unter kontinuierlicher Einbeziehung von VertreterInnen der Landkreise und der Zivilgesellschaft. Wichtig sind aus Sicht unserer Fraktion auch flankierende Maßnahmen.

Zum einen muss die Lausitz als Ort zum Leben gestärkt werden. Dazu sollten „weiche“ Standortfaktoren ausgebaut werden: Die Verkehrsanbindung muss verbessert, weitere Kultur- und Freizeitangebote sowie Erholungsräume geschaffen und Schulen und Kitas gefördert werden.

Als grundlegend erachten wir auch, die Dominanz der Braunkohlewirtschaft in der 2016 aus fünf regionalen Akteuren gegründeten Gesellschaft Innovationsregion Lausitz GmbH (IRL) abzuschwächen und stärker die Zivilgesellschaft einzubeziehen. Wir brauchen die Ideen und das Engagement aller, um diese schwierige Aufgabe zu meistern.

Es bleibt zu hoffen, dass die Landesregierung rechtzeitig ihren Kurs korrigiert, der bislang vom Festhalten an der Braunkohle geprägt ist – wie Ministerpräsident Woidke mit seiner Reaktion auf den von der Bundesregierung vorgelegten Klimaschutzplan wieder eindrucksvoll bewiesen hat. Zuletzt wurde immerhin bekannt, dass das Bundeswirtschaftsministerium eine Stabsstelle für den Strukturwandel in der Lausitz einrichten wird.



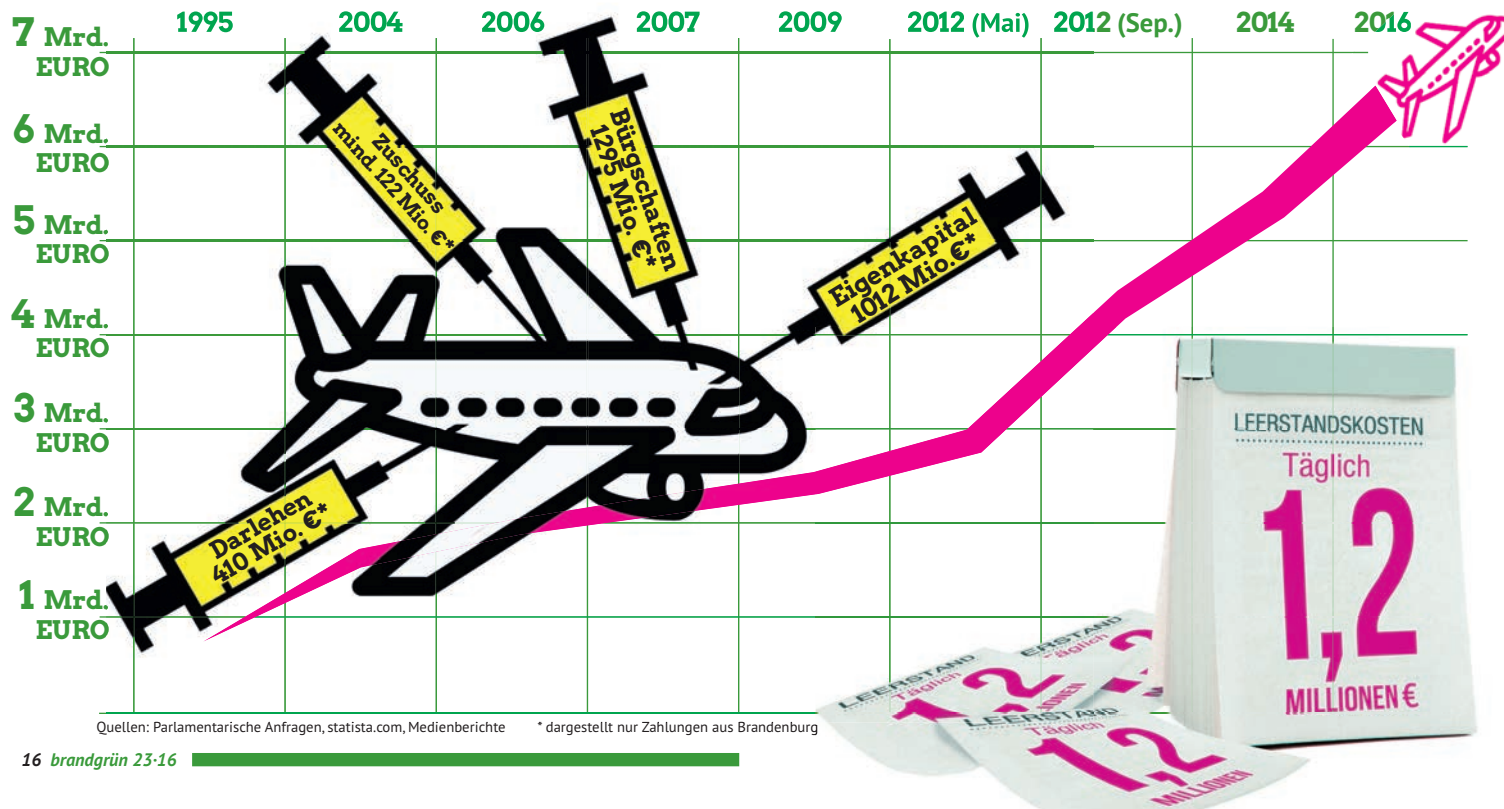
KOSTENFALLE BER – WO IST DAS BRANDENBURGER STEUERGELD GEBLIEBEN?



Die (Nicht-)Eröffnung des Flughafens BER – eine unendliche Geschichte, die das Land Brandenburg und damit die SteuerzahlerInnen viel Geld gekostet hat und auch weiterhin kosten wird. Unsere Grafik zeigt, wie viel Geld in den letzten Jahren geflossen ist.

Mehr zum BER unter: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/ber

Entwicklung der Baukosten (gesamt):



SINN VOR GEWINN: SOLIDARISCHES WIRTSCHAFTEN



Auf das Gemeinwohl bzw. auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Unternehmen, Genossenschaften, Stiftungen, Vereine und Projekte sind in den verschiedensten Bereichen auch in Brandenburg inzwischen wichtige Akteure. Alle haben gemein, dass das „Wir“ im Mittelpunkt steht, nicht das „Ich“. Die Bandbreite innerhalb der „Solidarischen Ökonomie“ ist sehr vielfältig: seien es internetbasierte Tausch- und Sharingmodelle, umweltfreundliche Technologien oder Produkte mit langer Lebensdauer. Dazu gehören beispielsweise der kooperativ organisierte Fahrradreparaturladen, die Tafeln, welche überschüssige, aber qualitativ einwandfreie Lebensmittel verteilen oder Bürgerbusse, die mit Freiwilligen in ländlichen Regionen den Nahverkehr absichern.

Geht es um Sinn vor Gewinn und um Kooperation statt Konkurrenz, finden wir insbesondere im ländlichen Raum inzwischen viele Ansätze, die mit den dort oft noch vorhandenen Freiräumen einer ganzen Region wieder Schwung geben können. Projekte und Organisationen der Solidarischen Ökonomie sind meist hoch innovativ und stellen einen wichtigen Baustein nachhaltigen Wirtschaftens in einer Welt mit begrenzten Ressourcen dar. Die Brandenburger Wirtschaftsförderung hat diese Ansätze jedoch nicht im Blick. Um solche sozialen Innovationen anstoßen bzw. unterstützen zu können, müssen entsprechende Förderinstrumente entwickelt sowie Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik harmonisiert werden.

Symposium zu Solidarischer Ökonomie

Wie das Potential sozialer Innovationen stärker genutzt und entsprechende Initiativen besser unterstützt werden können, war Anfang November Thema unserer Veranstaltung in der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Hauptredner Norbert Kunz, einer der profiliertesten Sozialunternehmer Deutschlands, prognostizierte: Innovationen, die allein darauf ausgerichtet sind, die Position eines einzelnen Unternehmens am Markt zu verbessern, seien langfristig nicht mehr überlebensfähig: „Gefragt sind die Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Verfahren, die explizit dem sozialen Fortschritt dienen und von der Gesellschaft akzeptiert werden.“ Die Landesregierung muss ihre Förderpolitik endlich zukunftsfähig machen, indem sie die innovativen Ansätze der Solidarischen Ökonomie aufgreift und wirksam unterstützt.



Beispiel für Solidarische Ökonomie:
Büchertauschboxen

WIR VERGEUDEN DAS POTENTIAL EINER GANZEN GENERATION



Vielleicht brauchen wir in den Städten bald gar keine Autos mehr zu besitzen, weil autonome Fahrzeuge auf Abruf überall verfügbar sind. Plötzlich haben wir wieder mehr Platz für Parks, und Kinder könnten auf den Straßen spielen – statt des sogenannten ruhenden Verkehrs, der Blechlawinen vor unseren Haustüren.



Auch die Familie unseres Kollegen Benjamin Raschke in ihrem schönen Spreewalddorf braucht vielleicht künftig nicht mehr so viele Autos, weil über Apps Mitfahrgelegenheiten organisiert werden und Sammeltaxis und Rufbusse digital verfügbar sind. LehrerInnen haben vielleicht künftig mehr Zeit, einzelne Kinder individuell zu fördern, weil die anderen SchülerInnen sich in Gruppen je nach Lerngeschwindigkeit mit digitalen Materialien Inhalte selbst erarbeiten können.

Vertretungsunterricht wird so oft als großes Problem beschrieben. Vielleicht wird der Vertretungsunterricht künftig landesweit oder vielleicht – noch sinniger! – mit Berlin gemeinsam in Echtzeit über Internetplattformen organisiert. SchulleiterInnen müssten nicht mehr mühselig Vertretungen herantelefonieren.

Das sind keine Luftschlösser. Wir können so vieles in unserem Leben besser, effizienter und vor allem ressourcenschonender organisieren. Trotzdem sieht das echte Leben in Brandenburg leider anders aus: Der European Digital Progress Report der Europäischen Kommission vom Mai 2016 sieht Deutschland beim Angebot öffentlicher Dienstleistungen auf Platz 20. Brandenburg liegt bei der Breitbandverfüg-

barkeit mit 57 Prozent der Haushalte mit mindestens 50 MBit auf dem viertletzten Platz im Bundesvergleich. 2012 wollte die Landesregierung noch innerhalb von zwei Jahren 75 Prozent der Haushalte mit 50 MBit erreichen.



Vor drei Jahren hat eine internationale Studie untersucht, wie AchtklässlerInnen mit Computern und Informationstechnologien umgehen (ICILS-Studie). Das Ergebnis für Deutschland war so miserabel, dass eine der beteiligten WissenschaftlerInnen beklagte, wir vergeudeten das Potenzial einer ganzen Schülergeneration.

Open Data, also die Veröffentlichung von Verwaltungsdaten in Echtzeit – Daten, deren Sammlung sowieso aus Steuermitteln, also von der Öffentlichkeit, bezahlt wird –, sollen derselben auch zur Verfügung gestellt werden. Verschiedene Studien errechnen die Wirtschaftlichkeit von Open Data für Deutschland. Sie liegt bei 12 bis 130 Milliarden Euro jährlich. Warum dümpelt dieses Thema hier in Brandenburg seit Jahren? Wir haben immer wieder davon geredet, aber es bewegt sich wenig.

Es gibt Menschen, die sehen die Digitalisierung wie eine Welle auf sich zukommen und denken an den Kauf von Gummistiefeln. Aber so hohe Gummistiefel gibt es gar nicht.

Jetzt hat der Landtag beschlossen, dass die Landesregierung eine strategische Schnittstelle einrichten soll, um eine ressortübergreifende Digitalstrategie zu erstellen. Man kann das gutheißen. Man kann aber auch befürchten, dass damit die Umsetzung all der Vorhaben weiter auf die lange Bank geschoben wird. Wieso jetzt einen Plan umsetzen, wenn erstmal alles strategisch gebündelt werden soll? Das wird wohl wieder Jahre dauern.



Deshalb: Lassen Sie uns nicht an Gummistiefel denken, sondern lieber an ein Surfbrett und es dann mit Erich Kästner halten: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“.

FÜR LEBENDIGE DÖRFER – WAS DIE POLITIK TUN MUSS



Das Klischee ist bekannt: Brandenburgs Dörfer sterben – Schuld ist der demografische Wandel. Während der Speckgürtel rund um Berlin boomt, dünnen die ländlichen Regionen fernab der Städte aus. Die jüngeren EinwohnerInnen ziehen weg, Kita und Dorfläden schwinden, und mit ihnen auch die Attraktivität der Wohnorte.

Wir finden: Das ist ein Pauschalurteil, das so längst nicht überall zutrifft. Dass man differenzieren muss, zeigen tolle, Mut machende Beispiele für funktionierende, wachsende Gemeinden überall in Brandenburg. Wir wollen noch mehr davon – getreu dem Motto: Es lebe das Dorf! Um den ländlichen Raum zu stärken, wurde im Sommer 2015 auf unsere Initiative im Landtag die Enquêtekommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ ins Leben gerufen. Eine Enquête wird immer dann eingerichtet, wenn langfristige, komplexe Fragestellungen zu untersuchen und zu lösen sind.

Ein Thema, mit dem sich die Kommission schwerpunktmäßig beschäftigt, ist gesellschaftliche und politische Teilhabe. Verantwortlich für die gleichnamige Arbeitsgruppe ist unser Sprecher für den ländlichen Raum Benjamin Raschke. Auch die Enquête selbst soll viel Beteiligung ermöglichen: mit Livestream, Online-Auftritt, Dialogportal und Bürgersprechstunde. Und, ganz wichtig: Die Kommission tagt nicht nur in Potsdam, sondern besucht nach und nach verschiedene ländliche Regionen Brandenburgs. Ob in Pinnow, Großräschen oder Schlieben: Die Bürgersprechstunde ist stets gut besucht.

So auch beim Ortstermin in Schönwalde. In der 850-Seelen-Gemeinde am Rande des Spreewaldes – der Heimat von Benjamin Raschke –

findet man Sparkasse, Dorfladen, Bäcker, Kita und Schule. Der Ort hat mehrmals den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ gewonnen. Und: Schönwalde wächst! Nach Sprechstunde und Impulsvorträgen – unter anderem von Prof. Dr. Kurt Krumbach, einem Vertreter der „Dorfbewegung Brandenburg“, die dafür eintritt, dass die politischen Forderungen des ländlichen Raums in der Landespolitik stärkeres Gehör finden – folgte eine lebendige Diskussion der Kommission. Was muss die Politik tun, um die Dörfer in Brandenburg zu stärken? Als vorläufiges Fazit sind dabei zehn Thesen entstanden, an denen Sie jetzt mitarbeiten können.

Dialogportal: Diskutieren Sie mit uns die Zukunft des ländlichen Raums!

Sie wollen mitdiskutieren, haben Ideen, Fragen oder Kritik für die Enquêtekommission? Wir freuen uns, wenn Sie das online tun – in dem von unserer Fraktion initiierten Dialogportal. Ihre Anregungen fließen in die weitere Gremienarbeit ein. Am Ende stehen dann Empfehlungen zur Umsetzung einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Entwicklung der ländlichen Räume. Näheres und der Link zum Portal unter www.gruene-fraktion-brandenburg.de/zukunft-des-laendlichen-raums



© Alexandra Tautz/Fraktion

BESONDERER SCHUTZBEDARF



Im Januar haben wir unseren Antrag „Besonders gefährdete Flüchtlinge in der Erstaufnahme und in den Gemeinschaftsunterkünften stärker schützen“ in den Landtag eingebracht. Damit haben wir uns für eine vollumfängliche Umsetzung der Rechte besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge eingesetzt. Dazu gehören beispielsweise Frauen und Kinder, Menschen mit schweren Gewalterfahrungen, Lesben und Schwule sowie Menschen mit Behinderungen. Unser Antrag hat einiges bewirkt – was, steht hier: gruenlink.de/1aqx

Theresa Pauli berät als Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte den Landkreis Potsdam-Mittelmark und setzt sich als Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten für bessere Integrationsbedingungen ein. Wir haben mit ihr über die Situation besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge in Brandenburg gesprochen.

Wie wird besonderer Schutzbedarf festgestellt? Wieso ist es wichtig, das zu tun?

Der Schutzbedarf ergibt sich aus den Kriterien der EU-Aufnahmerichtlinie und dem Landesaufnahmegesetz für Kommunen. In der Landes-Erstaufnahme gibt es aber bisher kein standardisiertes Verfahren, wie Informationen an Kommunen weitergegeben werden. Vor Ort ist aber wichtig zu wissen: Wer kommt mit welcher Behinderung? Ist die Frau schwanger? Das beeinflusst ja idealerweise die Zuweisung. Jemand im Rollstuhl sollte nicht weitab im dritten Stock ohne Lift wohnen.

Inwiefern ist die Unterbringung von geflüchteten Frauen in Gemeinschaftsunterkünften problematisch?

Es kann zu sexuellen bzw. gewalttätigen Übergriffen kommen, insbesondere, wenn Frauen alleine reisen. Das genaue Ausmaß kennen wir

nicht, vermuten aber eine hohe Dunkelziffer. Die baulichen Gegebenheiten sind häufig nicht ideal – die Heime wurden letztes Jahr schnell angemietet. Auch können Mädchen – wie auch Jungen – in den Gemeinschaftsküchen Opfer von Übergriffen werden. Kinderschutz und Frauenschutz sind aber bisher noch wenig beachtete Themen in den Unterkünften.

Welche Besonderheiten sind bei der Unterbringung von minderjährigen Geflüchteten in regulären Flüchtlingsunterkünften zu berücksichtigen?

Einige minderjährige Flüchtlinge sind verdeckt unbegleitet, kommen zusammen mit älteren Cousins oder Onkeln. Hier ist es wichtig, schnell festzustellen, in welchen Verwandtschaftsverhältnissen die Personen leben, wer das Sorgerecht neu, auch zeitweise, übernehmen muss. Natürlich sind Erwachsenenwohnheime nicht der richtige Ort für Minderjährige. Deshalb müssen sie – wie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – gesondert in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht werden.

Was muss in Brandenburg noch verbessert werden?

Woran es in einem Flächenland wie Brandenburg hapert, sind kultursensible Therapieplätze. Nicht nur für die psychotherapeutische Behandlung etwa bei posttraumatischen Belastungsstörungen, sondern auch für Suchttherapien und andere Krankheiten. Hier muss dringend an neuen Modellen gearbeitet werden, z. B. Kooperationen zwischen Berliner Fachstellen und ländlichen Krankenhäusern.



Theresa Pauli
Gleichstellungs- und Integrations-
beauftragte des Landkreises
Potsdam-Mittelmark

© Anne-Gret Trilling

MIT ALTEN OBST- SORTEN IN DIE ZUKUNFT



Mit fast einem Jahr Verzögerung legte Agrarminister Jörg Vogelsänger Mitte September endlich sein Konzept zum Erhalt der Obstbauversuchsanstalt in Müncheberg vor. Vier angestellte MitarbeiterInnen sollen durch einen ehrenamtlichen Verein unterstützt werden. Das gerade einmal vier Seiten dünne Papier lässt allerdings völlig offen, wie der Minister die wichtige Aufgabe der Klimafolgenforschung beim Obstanbau mit dieser knappen Personalausstattung bewältigen will. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels nimmt der Bedarf an Obstsorten zu, die den veränderten klimatischen Bedingungen standhalten. Das in Müncheberg vorhandene genetische Erbe leistet bei der Züchtung neuer Sorten wichtige Dienste.

In der traditionsreichen Obstbauversuchsanstalt werden zu Forschungszwecken seit fast 90 Jahren einheimische Obstsorten angebaut – derzeit auf 32 Hektar über 1000 Apfelsorten, etwa 100 Sorten Birnen, 50 Sorten Kirschen und 25 Aprikosensorten. Dieser wertvolle Saatgut-Schatz ist angesichts der zunehmenden Kommerzialisierung und Globalisierung des Obstanbaus auch für die Förderung regional produzierter Lebensmittel von hoher Bedeutung.

Trotz vieler offener Fragen ist das Ergebnis ein wichtiger Teilerfolg für alle, die seit Jahren für den Erhalt kämpfen. Unsere Fraktion bleibt auch weiterhin kritisch am Ball – und in engem Austausch mit der lokalen Initiative zum Wiederaufbau der Obstbauversuchsanstalt, mit der wir seit ihrer Gründung im Juni 2016 zusammenarbeiten.

Welches Obst und Gemüse ist gerade reif? Die Antwort liefert unser Saisonkalender: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/saisonkalender

ZUTATEN

3 Birnen
200 g Knollensellerie
2 Zwiebeln
800 ml Gemüsebrühe
100 ml Sahne
1 EL Senf
1 Bd. Petersilie
Oliveöl
Pfeffer und Salz



Aus Region und Saison: Birnen-Sellerie-Süppchen



ZUBEREITUNG

Zwiebeln schälen, würfeln und in Öl anbraten. Sellerie schälen, klein schneiden, Birnen entkernen und in Stücke schneiden. Beides zu den Zwiebeln geben, kurz mitschmoren und mit der Brühe löschen. Zehn Minuten köcheln lassen, vom Herd nehmen, Sahne und Senf dazugeben und pürieren. Mit Pfeffer und Salz würzen und warmstellen. Petersilie in etwas Öl kurz anbraten und als Topping auf die portionierte Suppe geben.

Gefährdet die Erdgasförderung unser Trinkwasser? Bei einem Fachgespräch in Lübben zur geplanten Förderung von Erdgas in der Region rund um den Spreewald kritisierte unser umweltpolitischer Sprecher Benjamin Raschke die Informationspolitik der Landesregierung: AnwohnerInnen und Kommunen werden mit ihren Fragen über die Auswirkungen der geplanten Förderung alleine gelassen. Derzeit sind rund um den nördlichen Teil des Biosphärenreservats Spreewald drei Projekte zur Förderung von Erdgas und Erdöl im Gespräch. Wir engagieren uns für eine umfassende Aufklärung – denn nur dadurch kann das Projekt sachlich bewertet werden.



GRÜNE TERMINE

- **Ausstellung „Mehr als Bahnhof verstehen“**
Am 8.12. startet die Wanderausstellung zu unserer Bahnhofstour im Landtag. Mehr unter www.bahnhofstour.de
- **Zukunftstag 2017: Jetzt schon anmelden!**
Jugendliche ab der 7. Klasse können uns im April einen Tag lang bei unserer Arbeit im Landtag begleiten. Anfang 2017 könnt ihr euch hier anmelden:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/zukunftstag-2017
- **Weitere Veranstaltungen:**
Im neuen Jahr planen wir unter anderem Fachgespräche zu verschiedenen Themen. Die aktuellste Übersicht bietet unsere Website: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen

Das letzte Wort hat ...

„Die Frage ist doch, ob wir das Wachstum im Flugverkehr dauerhaft dadurch subventionieren wollen, dass die Lärm- und Umweltbelastungen nicht den Verursachern, also den Fluggesellschaften, sondern der Allgemeinheit in Rechnung gestellt werden.“

Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender
axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Es gibt Menschen, die sehen die Digitalisierung wie eine Welle auf sich zukommen und denken an den Kauf von Gummistiefeln. Aber so hohe Gummistiefel gibt es gar nicht. Lassen Sie uns lieber an ein Surfbrett denken.“

Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin
mL.halem@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Wenn Sie von der AfD, die nichts anderes zu tun haben, als Frauenrechte verächtlich zu machen und uns ins Biedermeier der Fünfziger Jahre oder gar ins völkische Frauenbild des NS-Staates zurück zu katapultieren, sich zum Anwalt der Emanzipation aufschwingen, wird mir restlos übel.“

Ursula Nonnemacher
Frauenpolitische Sprecherin
ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Die Vernichtung von staatsanwaltschaftlichen Akten, die den früheren V-Mann ‚Piatto‘ betreffen, offenbart einen katastrophalen Umgang mit Dokumenten von politisch-historischer Bedeutung im Geschäftsbereich des Justizministeriums.“

Benjamin Raschke
Justizpolitischer Sprecher
benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Ein flächendeckendes Mobilfunknetz ist für die Wirtschaft wichtig, aber auch mit Blick auf medizinische Fragen, beispielsweise für Wanderer im Wald oder Autofahrer auf wenig befahrenen Straßen. Bei Rettungsmaßnahmen kommt es mitunter auf jede Minute an.“

Heide Schinowsky
Wirtschaftspolitische Sprecherin
heide.schinowsky@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Das ist ja wohl der blanke Hohn. Vattenfall darf Eisenocker in einem wasserökologisch sensiblen Gebiet verklappen und das Wirtschaftsministerium nennt das Verfahren ‚naturräumliche Aufbereitung‘ – und das kontaminierte Gebiet ‚Reaktionsraum‘.“

Michael Jungclauss
Verbraucherschutzpolitischer Sprecher
michael.jungclauss@gruene-fraktion.brandenburg.de

DICH STECK ICH IN DIE TASCHE!

Klein, aber oho: Unsere Fraktionszeitung brandGRÜN ist randvoll mit Neuigkeiten über unsere Arbeit im Brandenburger Landtag. Unsere Vorsätze: Klar und schnell auf den Punkt kommen, frech und handlich sein, nah an Euch und Ihnen dran.



Wer brandGRÜN viermal im Jahr kostenlos nach Haus bekommen möchte, bestellt sie hier: www.brandgruen.de



Wer brandGRÜN online lesen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter



Wer uns die Meinung sagen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/kontakt

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1700

info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Redaktion: Katharina Buri
Titelbild: © Julian Stähle
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Icons: thenounproject.com